

presse

Fall Goldman-Sachs: Strenge Regulierung für alle Finanzmarktakteure dringend erforderlich

Zur Affäre um die Investmentbank Goldman-Sachs erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Der Fall Goldman-Sachs wirft ein grelles Licht auf die nach wie vor enge Verquickung von Banken und Hedge-Fonds. Diese enge Beziehung erweist sich auch in diesem Fall als systematischer Nachteil der „normalen“ Kunden der Bank. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auch jetzt wieder mit scharfen Worten schnell zur Stelle ist, hat hier – wie insgesamt beim Thema Finanzmarktregulierung – trotz aller Bekundungen noch immer keine Ergebnisse vorzuweisen, erklärt Joachim Poß.

Der Fall Goldman-Sachs wirft ein grelles Licht auf die nach wie vor enge Verquickung von Banken und Hedge-Fonds. Das Zusammenwirken von Investmentbankern und Fondsverwaltern und die daraus resultierenden Interessenkonflikte sind dabei keinesfalls auf diesen Einzelfall beschränkt, sondern sind systematisch in den Geschäftsmodellen dieser Finanzmarktakteure angelegt. Insofern dürfte dieser nun bekannt gewordene Fall eher die Spitze eines Eisbergs als ein singuläres Ereignis sein.

Das macht deutlich, wie wichtig es ist, nicht nur die Regulierung von Banken zu verschärfen - es muss endlich auch dafür gesorgt werden, dass die Hedge-Fonds keine regulierungsfreie Zone mehr sind.

Die enge Beziehung zwischen Banken und Hedge-Fonds erweist sich auch in diesem Fall als systematischer Nachteil der "normalen" Kunden der Bank, die hinsichtlich der Gestaltung der von ihnen erworbenen Produkte stets einen Informationsnachteil haben. Ein solch systematisches Informationsgefälle führt - ohne wirksame Regulierung als Gegengewicht - stets zu ineffizienten Marktergebnissen.

Das Thema Hedge-Fonds-Regulierung ist bereits vor Jahren vom damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf die internationale Agenda gesetzt worden - passiert ist bisher nichts. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auch jetzt wieder mit scharfen Worten schnell zur Stelle ist, hat hier - wie insgesamt beim Thema Finanzmarktregulierung - trotz aller Bekundungen noch immer keine Ergebnisse vorzuweisen.

Wenn sich das nicht schleunigst ändert, werden weiterhin völlig intransparente Produkte an den Finanzmärkten verkauft werden, bei denen die Käufer ausgenommen werden.

Finanzminister Schäuble und Bundeskanzlerin Merkel sind in der Pflicht, jetzt endlich das Reden einzustellen und zu Taten zu kommen.